

# „Es wird mehr auf uns herunterrieseln“

**ELLERHOOP:** Gemeindevertretung appelliert an den Kreistag

Die Gemeinden im Umfeld der Müllverbrennungsanlage in Tornesch-Ahrenlohe verschärfen wegen des geplanten Ausbaus den Druck auf den Kreistag. Die Politiker in Ellerhoop forderten ihre dortigen Kollegen auf, den derzeitigen Plan zu stoppen.

VON TIMO KOTOWSKI

Applaus in einer Gemeindevertretung ist selten – Ellerhoops Umweltausschussvorsitzender Ralf Mehlen (CDU) bekam Beifall von allen Fraktionen und allen Zuhörern, als er den Kreis Pinneberg wegen des geplanten Ausbaus der Müllverbrennungsanlage in Tornesch-Ahrenlohe attackierte. Sein Urteil zu dem Plan der Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Abfallbehandlung (GAB), die Anlage von 80 000 Tonnen auf 280 000 Tonnen Verbrennungsleistung zu erweitern: „Es wird mehr verbrannt, es wird schlechter gefiltert, es wird mehr auf uns herunterrieseln.“

„Die einen bekommen Geld, die anderen Gift.“

Die große Anlage werde nur mit einem erhöhten Anteil an Gewerbeabfällen zu betreiben sein. Der sei stärker mit Schwermetallen belastet als Hausmüll, der geplante Abluftfilter, der knapp gesetzli-

che Grenzwerte einhalte, daher nicht zufriedenstellend. „Modernste Anlagen schaffen es, bis zu 95 Prozent unter den Grenzwerten zu bleiben, hier sollen sie ausgeschöpft werden. Das ist ein Unding“, urteilte Mehlen.

Ellerhoops Bürgermeister Martin Pentz (CDU) zeigte sich ebenso verärgert. „Ich empfinde es als Frechheit, diese unsensiblen Planungen vorzunehmen“, sagte er. Er machte in der Planung einen „krassen Gegensatz“ aus. „Wir haben Raum gegeben für Landwirtschaft, für Naherholung und für Wasserschutzgebiete.“ Nun wolle der Kreis in dieses Umfeld eine erweiterte Verbrennungsanlage stellen. Die Betroffenen seien nicht ausreichend informiert worden. „Ein privates Unternehmen hätte bei solch einem Plan wohl mehr Bürgernähe gezeigt“, sagte Pentz.



Rügt „unsensible Planungen“: Ellerhoops Bürgermeister Martin Pentz (CDU). Foto: ps

Drastische Worte wählte auch Dr. Ernst Bürkner von der Freien Wählervereinigung. (FWV). „Die einen bekommen das Gift, die anderen das Geld – so geht das nicht“, urteilte er mit Blick auf den Kreis, der als Mehrheitseigner der GAB den größten Nutzen aus der Verbrennung ziehe. „Die letzte Entscheidung fällen die Vertreter im Kreistag. Die müssen wir überzeugen, dass sie einer Erweiterung im geplanten Umfang nicht zustimmen“, sagte er.

„Müssen Vorreiterrolle einnehmen“

Einstimmig sprachen sich die Gemeindevertreter in ihrer Stellungnahme gegen das Vorhaben aus. Ebenfalls mit den Stimmen aller Fraktionen verabschiedeten sie eine Resolution, in der sie den Kreis auffordern, „den Schutz seiner Bürger beziehungsweise der Umwelt vor den monetären Vorteilen als Mehrheitsgesellschafter der GAB“ zu stellen. Ebenso gaben sie Geld frei, um ein vom Amt Rantzaу in Auftrag gegebenes Gutachten mitzufinanzieren und sich Rechtsrat für das weitere Verfahren zu holen. Denn auch in den kommenden Wochen wollen die Ellerhooper beim Protest vorn mitmischen. „Wir müssen eine Vorreiterrolle einnehmen“, forderte Bürkner die Gemeindevertreter auf.